Sitzungsvorlage Nr. X/060
öffentliche Sitzung

Beratungsgang:

Haupt- und Finanzausschuss

10.12.2020

Rat

17.12.2020

Betreff: **Bürgerwindparks in Rosendahl**

FB/Az.:

Produkt:

Bezug:

Finanzierung

Höhe der Aufwendung/Auszahlung:

Finanzierung durch Mittel bei Produkt:

Über-/ außerplanmäßige Aufwendung/
Auszahlung in Höhe von:

Finanzierungs-/ Deckungsvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Ohne, wird ggf. in der Sitzung formuliert.

Sachverhalt:

Im Bereich Oberdarfeld beabsichtigen Investoren (derzeitige Rechtsform: Windenergie Oberdarfeld GbR) die Errichtung von maximal vier Windenergieanlagen.

In der Ratssitzung am 05.11.2020 wurde über die Beteiligung und ggf. Unterstützung des Vorhabens durch die Verwaltung im Zusammenhang mit dem gestellten Antrag des Vorhabenträgers auf Befreiung vom Landschaftsschutz beraten. Auf die Vorlage IX/902 wird verwiesen.

Seinerzeit hat die WIR-Fraktion beantragt, dass vor einer evtl. Entscheidung zunächst noch einmal im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss über den Landschaftsschutz und im Haupt- und Finanzausschuss über einen Bürgerwindpark beraten werden solle.

Dem Antrag der WIR-Fraktion auf Rückverweisung des Tagesordnungspunktes an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss und den Haupt- und Finanzausschuss wurde bei 21 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich entsprochen.

Die Beratung zum Landschaftsschutz erfolgt im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 09.12.2020.

Dem Ratsbeschluss vom 05.11.2020 entsprechend soll die Beratung zum Thema „Bürgerwindpark“ nunmehr im Haupt- und Finanzausschuss erfolgen.

Seitens der Fraktionen wurde die Intention der Beratung und die Erwartungshaltung für die Vorbereitung des Tagesordnungspunktes durch die Verwaltung im Haupt- und Finanzausschuss in der Ratssitzung sowie in einem anschließenden interfraktionellen Gespräch allenfalls umschrieben grob erläutert.

Daher werden nachfolgend allgemeine Erläuterungen zu „Bürgerwindparks“ und zu bisherigen Vorhaben auf Rosendahler Gebiet dargestellt. Die Informationen sollen als Grundlage für die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss dienen:

Lt. Wikipedia benennt der Begriff „Bürgerwindpark“ Projekte zur Realisierung eines Windparks (räumliche Ansiedlung von Windenergieanlagen), bei denen der vor Ort lebenden Bevölkerung eine Beteiligung an dem Projekt angeboten wird. Ein Ziel dabei ist es, Menschen, die in der Nähe des Windparks wohnen, eine attraktive Geldanlage (und eine Kompensation für mögliche Einbußen an Lebensqualität) zu bieten.

In vielen Bundesländern, auch in Nordrhein-Westfalen, dürfen Kommunen im Bereich erneuerbarer Energien (EE) wirtschaftlich tätig sein; wenn ein EE-Projekt (z. B. ein Windpark) wirtschaftlich erfolgreich ist, können die Dividenden daraus die Haushalts- und Vermögenslage ebendieser Kommune positiv beeinflussen.

In den vergangenen Jahren sind in Rosendahl insgesamt zwölf 200 Meter hohe Windenergieanlagen errichtet worden.

Deren Standorte sind:

- „Holtwicker Mark“ (vier Anlagen)
- „Bergkamp“ (zwei Anlagen)
- „Midlich“ (drei Anlagen)
- „Höpingen“ (drei Anlagen).

Da sich die Standorte jeweils vollständig in den gewollten, bislang jedoch nicht rechtskräftig gewordenen Windvorrangzonen/Konzentrationszonen des in 2015 vom Gemeinderat beschlossenen Flächennutzungsplans befinden, hat die Gemeinde Rosendahl für die jeweiligen Vorhaben das gemeindliche Einvernehmen im Zuge der BImSch-Anträge erteilt.

Die Wertschöpfung der durchaus erfolgreich produzierenden Anlagen bleibt im Wesentlichen in Rosendahl, was aufgrund des konjunkturunabhängigen verlässlichen jährlichen Gewerbesteueraufkommens für die einzelnen Gebiete abgelesen werden kann. Daneben haben die Investoren durch einzelne Zuwendungen für unterschiedliche Institutionen und Projekte einen Beitrag zum Rosendahler Gemeinwohl geleistet.

Soweit der Verwaltung bekannt ist, partizipieren bei den bisher umgesetzten Vorhaben neben den Grundstückseigentümern der Standorte auch die in einem gewissen Radius wohnenden Menschen über eine jährliche Anerkennungsprämie („Pacht“, „Nutzungsent-schädigung“ usw.). Einige „Nachbarn“ sollen sich auch finanziell an den Vorhaben beteiligt haben. Auch diese beiden klassischen Merkmale für einen „Bürgerwindpark“ haben die bislang tätigen Investoren somit erfüllt.

Die in Vorbereitung bzw. Umsetzung befindlichen Vorhaben im Bereich der „Brockbauerschaft“ (zwei Anlagen, eine 240 Meter hoch, eine 200 Meter hoch) sowie im Bereich „Kuhlenbusch“ (eine 240 Meter hohe Anlage) verfahren nach eben diesem Muster.

Die Investoren in der „Brockbauerschaft“ haben der Gemeinde Rosendahl zudem die Möglichkeit einer finanziellen Beteiligung geboten, die diese auf der Grundlage eines Ratsbeschlusses angenommen und sich mit insgesamt 240.000 € beteiligt hat. Die im Betrieb zu erwartenden jährlichen Ausschüttungen kommen somit auch wieder der örtlichen Gemeinschaft zugute.

Bislang ist seitens Rat und Verwaltung noch in keinem Fall eine konkrete Forderung an Betreiber von Windenergieanlagen gestellt worden, über das vorgenannte Maß hinaus noch weitere Beteiligungsmöglichkeiten für die Rosendahler Bürgerschaft anbieten zu müssen. Es ist auch unklar, welche rechtlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung eines entsprechenden Vorhabens bestehen. Auch ist fraglich, wie eine entsprechende Forderung aus Gleichbehandlungsgrundsätzen im Vergleich zu den bisher realisierten Vorhaben begründet werden kann.

Da die Gemeinde Rosendahl aktuell über keinen gültigen Flächennutzungsplan verfügt, ist die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens für die gewollt gewesenen Konzentrationszonen als Zeichen der Unterstützung der Windenergie zu interpretieren. Es mag an dieser Stelle dahingestellt bleiben, ob die Versagung des gemeindlichen Einvernehmens tatsächlich die Erteilung einer BlmSch-Genehmigung verhindern kann, oder ob sich der Kreis Coesfeld als Genehmigungsbehörde über die gemeindliche Einschätzung hinwegsetzen kann.

Unabhängig vom noch zu durchlaufenden BlmSch-Genehmigungsverfahren jetzt bereits festzuhalten, dass die Vertreter der Windenergie Oberdarfeld GbR der Verwaltung und Politik angeboten haben, zusätzlich zur Wertschöpfung über die Gewerbesteuer auf freiwilliger Basis eine hohe jährliche Summe für noch zu definierende Verwendungszwecke zur Verfügung zu stellen. Diese Bereitschaft haben sie in einem interfraktionellen Gespräch als auch in an die Fraktionen adressierten Schreiben zum Ausdruck gebracht.

Ob seitdem ein weiterer Meinungsaustausch zwischen den Fraktionen und den Investoren stattgefunden hat, ist verwaltungsseitig nicht bekannt.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.12.2020 kann nunmehr auf der Grundlage der vorgenannten Informationen ein Meinungsaustausch erfolgen.

Da bislang kein konkreter inhaltlicher Antrag seitens der Fraktionen vorliegt und die Zielrichtung der Diskussion nicht bekannt ist, wird auf die Unterbreitung eines Beschlussvorschlags zum gegenwärtigen Zeitpunkt verzichtet.

Gottheil
(Bürgermeister)